
SOZIALES NACHHALTIGKEITSBAROMETER DER ENERGIEWENDE 2019



Impressum

Herausgeber

Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)
Berliner Straße 130
14467 Potsdam

Autor

Ingo Wolf

Unter Mitarbeit von:

Tom Stadler und Daniel Labarca Pinto

Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)

Projektleitung

Ortwin Renn

Kontakt

ingo.wolf@iass-potsdam.de

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Ortwin Renn, wissenschaftlicher Direktor

Gestaltung:

Sabine Zentek

April 2020

DOI: 10.2312/iass.2020.010

SOZIALES NACHHALTIGKEITSBAROMETER DER ENERGIEWENDE 2019

Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Energiewende und der Klimaschutz in Deutschland hatten im Jahr 2019 einige Erfolge zu verzeichnen. Im Stromsektor wurden aufgrund des deutlichen Rückgangs der Kohleverstromung fünfzig Millionen Tonnen weniger Kohlendioxid (CO₂) ausgestoßen als im Jahr zuvor. Im selben Zeitraum erreichte der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion einen neuen Höchststand. Durch die Bewegung „Fridays for Future“ wurde eine breite gesellschaftliche Debatte über Klimaschutz und -gerechtigkeit angestoßen. Die Proteste haben den Handlungsdruck auf die Politik erhöht und dazu beigetragen, dass die Bundesregierung Deutschlands erstes Klimagesetz verabschiedet hat. Nicht zuletzt haben die Demonstrationen den hohen Stellenwert des Themas für die (jungen) Menschen sowie deren Wunsch nach effektivem Klimaschutz und einer sozial gerechten Energiewende verdeutlicht.

Das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer, eine Befragungsstudie, die das Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) im Rahmen der Kooperation mit der innogy Stiftung und der 100 Prozent erneuerbar stiftung unter dem gemeinsamen Namen „dynamis“ jährlich durchführt, spiegelt die aktuellen gesellschaftlichen Anliegen, Vorstellungen und Bewertungen der Energiewende wider. Sie stellt damit eine wichtige wissenschaftliche Grundlage für eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtete Energiewendepolitik dar.

Um es auf den Punkt zu bringen: Die Ergebnisse der diesjährigen Studie belegen, dass die zentralen politischen Zielsetzungen der Energiewende von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung weiterhin unterstützt werden. Ebenso bewerten die Befragten die „Fridays for Future“ Bewegung mehrheitlich positiv. Sie zeigen jedoch auch, dass die Kritik an der Art, wie das Ziel der Energiewende politisch und operativ umgesetzt wird, weiter zunimmt. Die Unzufriedenheit mit und die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in diesem Handlungsfeld haben mittlerweile ein besorgniserregendes Niveau erreicht.

Die Befragten erwarten von der Politik insbesondere ein schnelleres Vorankommen in der Umsetzung wirksamer Klimaschutzmaßnahmen. Die Gestaltung sozial gerechter, an dem Verursacherprinzip orientierter Maßnahmen ist eine der größten Aufgaben, denen die Politik gegenübersteht. Die Studie zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich bereit ist, höhere Kosten für den Klimaschutz zu tragen. Vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen wünschen sich jedoch, dass die zusätzlichen finanziellen Belastungen der CO₂-Bepreisung durch Ausgleichszahlungen abgemildert werden. Dem Großteil der Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, dass die Mehreinnahmen zweckgebunden für den Ausbau eines klimafreundlichen Verkehrssystems und erneuerbarer Energiequellen genutzt wird. Vor diesem Hintergrund und der anhaltenden Kritik aus der Wissenschaft an der mangelnden Effektivität der Maßnahmen des Klimapakets ist die Politik gefordert, die beschlossenen Maßnahmen zeitnah anzupassen.

Am dringlichsten ist der Handlungsbedarf im Verkehrssektor, dem Sorgenkind der Energiewende. Aktuelle Expertengutachten bescheinigen der Bundesregierung, dass sie ihre Emissionsminderungsziele in diesem Sektor nicht erreichen werden. So auch die beiden von der Bundesregierung selbst beauftragten Gutachten der Prognos AG und des Oeko-Instituts in Freiburg. Die Ergebnisse des Barometers machen deutlich, dass sich die Menschen vorrangig attraktive Alternativen zur PKW-zentrierten Mobilität wünschen. Die Verkehrswende beginnt für die meisten durch den Ausbau von Nah- und Fernverkehr der Bahn sowie die Förderung des Radverkehrs. Weitreichende Einschränkungen des konventionellen Pkw-Verkehrs, wie dem Verbot von Verbrennungsmotoren oder Zufahrtsbeschränkungen in Innenstädten, stoßen dagegen bei der Mehrheit auf Ablehnung. Ebenso stehen der Förderung von E-Mobilität insbesondere Nutzerinnen und Nutzer von Pkws mit Verbrennungsmotoren noch skeptisch gegenüber. Dennoch sind viele Bürgerinnen und Bürger bereit, den klimaschädlichen Auswirkungen des Autoverkehrs entgegenzutreten, indem sie einem Tempolimit auf Autobahnen und der Abschaffung der steuerlichen Bevorteilung von Dieselmotoren zustimmen. Die Verkehrswende erfordert mehr als in jedem anderen Sektor grundlegende Verhaltensänderungen der Menschen und benötigt daher besonderes Engagement der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, um geeignete Rahmenbedingungen für eine klimaverträgliche Mobilität zu setzen und damit nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu fördern.



Prof. Dr. Ortwin Renn



Dr. René Mono



Dr. Stephan Muschick

Optimistisch stimmt die wieder leicht zunehmende Unterstützung des Ausbaus Erneuerbarer-Energie-Technologien: Der Großteil der Befragten befürwortet den Ausbau von Windenergieanlagen auf See, die Nutzung von Erdwärme, Solaranlagen auf Hausdächern und Freiflächen sowie den Bau von Biogasanlagen. Auch die Zustimmung für Windkraftanlagen an Land ist nach einem Rückgang im Vorjahr wieder angestiegen. Aus Sicht der Befragten eignen sich besonders zwei Maßnahmen, um die Akzeptanz für den Neubau weiterer Anlagen zu steigern: umsatzabhängige Abgaben der Betreiber/Betreiberinnen und Gewinnbeteiligung der betroffenen Bewohner/Bewohnerinnen und Gemeinden durch eigene Investitionsmöglichkeiten. Die in der politischen Diskussion favorisierten pauschalen Abstandsregelungen für Windenergieanlagen erfahren hingegen den geringsten Zuspruch.

Aus unserer Sicht ist mit dem neuen Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer ein breites und aufschlussreiches Bild über die Einstellungen und Erwartungen der deutschen Bevölkerung im Kontext der Energiewende entstanden. Wir fordern alle Akteure der Energiewende auf, sowohl die von den Menschen geäußerte Unterstützung wie auch die Kritik an der bisherigen Umsetzung als Ansporn für ihre weitere Arbeit zu nutzen, um dem Ziel einer sozial gerechten Energiewende näher zu kommen.

DAS SOZIALE NACHHALTIGKEITSBAROMETER

Für das weitere Gelingen der Energiewende wird es entscheidend sein, wie beim Ringen um die richtigen Lösungen mit den sozialen Zielen der Nachhaltigkeit wie Gerechtigkeit, Beteiligung und Sozialverträglichkeit umgegangen wird. Soziale Nachhaltigkeit ist als ein positives Leitbild für ein gesamtgesellschaftliches Gemeinschaftswerk zu verstehen, bei dem alle Teile der Gesellschaft angesprochen werden, sich aktiv einzubringen und selbst an der Gestaltung ihrer Lebenswelt Anteil zu nehmen. Eine sozial nachhaltige Energiewende bedeutet, dass die Gestaltung im Einklang mit den Wünschen, Bedürfnissen und Wertevorstellungen einer breiten Mehrheit erfolgt und politische Maßnahmen zu deren Umsetzung von den Bürgerinnen und Bürger als fair und gerecht wahrgenommen werden.

Mit unserer Forschung zur sozialen Nachhaltigkeit der Energiewende möchten wir eine belastbare empirische Wissensgrundlage über die wahrgenommenen Herausforderungen, Chancen und Risiken der Energiewende in der Bevölkerung schaffen. Dabei stellen wir mithilfe des sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende eine umfassende Datenbasis für ein jährliches Monitoring bereit, das die Entwicklungen in verschiedenen sozialen Dimensionen der Nachhaltigkeit erfasst. Seit 2017 erheben wir dazu in einer jährlich durchgeführten repräsentativen Umfrage die Einstellungen, Erfahrungen, Gerechtigkeitsempfindungen, Präferenzen und Handlungsintentionen der deutschen Bevölkerung. Zentrale Forschungsfragen sind dabei: Wie denkt die Bevölkerung in Deutschland über die Energiewende und deren aktuelle Gestaltung? Welche Vorstellungen haben die Menschen von einer gerechten Energiewende? Inwie-

weit fühlen sie sich betroffen? Wie stark möchten sie sich beteiligen, und welche Erwartungen haben sie im Hinblick auf die zukünftigen Entwicklungen im Transformationsprozess?

Das Barometer dient als ein Messgerät, das zunächst den Zustand beschreibt und die Fort- sowie Rückschritte aus Sicht der befragten Personen erfasst. Zudem geben die Daten Hinweise auf bestehende oder neu aufkommende Herausforderungen und Problembereiche. Die Ergebnisse des Barometers identifizieren Handlungsfelder und Handlungsbedarfe, bei denen entsprechende politische Maßnahmen erforderlich sind. Es dient also als „Frühwarnsystem“ zur Unterstützung der politischen Entscheidungsfindung und Prioritätensetzung.

Das Barometer wird federführend vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) im Rahmen der Partnerschaft dynamis konzipiert und ausgewertet. Der von der innogy Stiftung für Energie und Gesellschaft, der 100 Prozent erneuerbar stiftung und dem IASS getragene Think-Do-Rethink-Tank dynamis wurde im Dezember 2016 gegründet.

Die vorliegende Broschüre stellt mittlerweile zum dritten Mal in Folge die Ergebnisse des jährlich erhobenen Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende vor. Die hier präsentierten Resultate beruhen auf drei internetbasierten, repräsentativen Haushaltsbefragungen, die – in Kooperation mit dem RWI-Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung – in den Jahren 2017, 2018 und 2019 im Rahmen des forsa.omninet Haushaltspanels durchgeführt wurden.

Wir möchten den Unterstützern/Unterstützerinnen und Förderern/Förderinnen ganz herzlich danken, die die Erarbeitung des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers ermöglicht haben, insbesondere dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), dem Kopernikus-Projekt ENavi sowie den beiden Partnern bei dynamis, der innogy Stiftung für Energie und Gesellschaft und der 100 Prozent erneuerbar stiftung. Unser Dank gilt auch unseren Kolleginnen und Kollegen beim IASS sowie weiteren Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die die Erarbeitung des Barometers mit großem Interesse und gutem Rat begleitet und unterstützt haben.

Das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende liefert eine wichtige Wissensgrundlage für die weitere Gestaltung der Energiewende. Es sendet Signale aus, die aufzeigen, wo politische Aufmerksamkeit erforderlich ist und wo wahrgenommene Defizite politisch angegangen werden müssen. Wir hoffen, dass die hier vorgelegten Erkenntnisse eine wichtige Hilfestellung dabei sind, um neben der technischen und wirtschaftlichen Umsetzung der Energiewende auch verstärkt die soziale Dimension der Energietransformation in den Blick zu nehmen und die aufgezeigten Handlungsbedarfe beherzt anzugehen.

Potsdam, den 15. April 2020

Ingo Wolf und Ortwin Renn



1 | ALLGEMEINES INTERESSE AN POLITIK, MITBESTIMMUNG UND GLAUBWÜRDIGKEIT BEI ENERGIEWENDE – MEHRHEIT FÜHLT SICH AUSSEN VOR

Die überwiegende Zahl der deutschen Haushalte äußert ein generelles Interesse an Politik. Die wahrgenommenen Mitsprachemöglichkeiten und die Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die Energiewendepolitik in Deutschland sieht jedoch nur eine kleine Minderheit gewährleistet. Die Glaubwürdigkeit der politischen Akteure/Akteurinnen im Bereich Energiewende hat ein sehr niedriges Niveau erreicht.

Drei von vier der befragten Personen (**78%**) sind allgemein politisch interessiert. Jede(r) Fünfte (**21%**) gibt an, nur ein geringes politisches Interesse zu haben. Das politische Interesse bewegt sich bei den Anhängern/Anhängerrinnen aller Parteien auf annähernd gleichem Niveau.

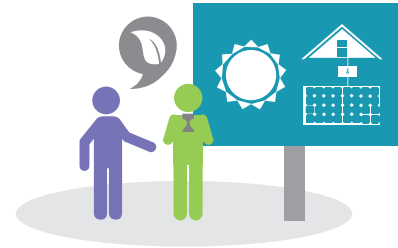
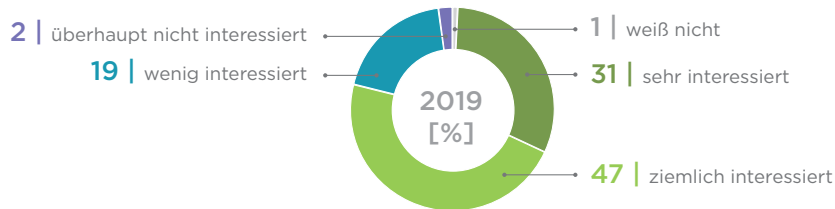
Drei Viertel (**75%**) haben den Eindruck, dass ihnen bei dem, was die Regierung im Bereich Energiewende entscheidet, in nur ungenügendem Maße ein Mitsprachemöglichkeit geboten wird. **21%** bewerten die Möglichkeiten der eigenen Mitsprache positiv. Die Ergebnisse unterscheiden sich besonders, wenn man nach Bildung und Parteipräferenz differenziert. Während bei Personen mit Hauptschulabschluss der Anteil der Menschen mit positiver Bewertung der eigenen Mitsprachemöglichkeit bei **18%** liegt, sind es bei Befragten mit allgemeiner Hochschulreife **28%**. Anhänger/Anhängerrinnen der AfD (**92%**) und der Linken (**82%**) teilen überdurchschnittlich häufig die Einschätzung, an den Regierungsentscheidungen zur Energiewende nicht adäquat mitwirken zu können.

Annähernd vier von fünf (**78%**) geben an, in dem politischen System Deutschlands tendenziell keinen Einfluss auf die Energiewendepolitik nehmen zu können. Lediglich **19%** sehen ihre Einflussmöglichkeiten positiv. Analog zu dem Aspekt der Mitsprachemöglichkeit bewerten Anhänger/Anhängerrinnen der AfD (**93%**) und der Linken (**83%**) ihre Einflussmöglichkeiten deutlich negativer als Personen mit starker Bindung zum übrigen Parteienspektrum, z. B. der CDU/CSU (**71%**). Zudem steigt mit zunehmendem Bildungsniveau der Befragten der Anteil derer, die ihre persönlichen Einflussmöglichkeiten positiv bewerten. Bei Personen mit Hauptschulabschluss liegt dieser bei **17%**, bei Personen mit Abitur bei **23%**.

Weiterhin wird die Glaubwürdigkeit der politischen Akteure in der Bereitstellung von Informationen zur Energiewende sehr kritisch beurteilt. Nur ein marginaler Anteil schreibt den Kommunen (**3%**, -1 Prozentpunkt (PP) gegenüber 2018) und den Landes- bzw. der Bundesregierung(en) (**3%**, -1 PP bzw. **4%**, -1 PP) die höchste Glaubwürdigkeit zu. Das höchste Vertrauen genießen die Wissenschaft (**61%**, +7 PP) sowie Verbraucher (**41%**, -11 PP) und Umweltverbände (**37%**, -7 PP).

ALLGEMEINES INTERESSE AN POLITIK

Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Sind Sie ...



Basis: 2019: 6.163 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt

MITSPRACHEMÖGLICHKEITEN IM BEREICH ENERGIEWENDE

Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung im Bereich Energiewende tut?



Basis: 2019: 6.162 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt

EINFLUSSMÖGLICHKEITEN IM BEREICH ENERGIEWENDE

Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen die Möglichkeit, Einfluss auf die Energiewendepolitik Deutschlands zu nehmen?



Basis: 2019: 6.161 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt

Antwortkategorien

- überhaupt nicht (1)
- (2)
- (3)
- (4)
- (5)
- (6)
- (7)
- (8)
- (9)
- voll und ganz (10)
- weiß nicht/
keine Angabe



Die Ergebnisse bestätigen, dass das allgemeine Politikinteresse in der deutschen Bevölkerung weiterhin hoch ist. Bedenklich im Sinne einer sozial nachhaltigen Energiewende ist die von dem größten Teil der Gesellschaft wahrgenommene mangelnde Mitsprache- und Einflussmöglichkeit in diesem Themenfeld. Diese Einschätzungen haben vermutlich auch Einfluss auf die in den folgenden Kapiteln dargestellten negativen Bewertungen der Umsetzung der Energiewende sowie der diesbezüglichen (Un-)Zufriedenheit mit der Bundesregierung. Transparente Kommunikation sowie die Weiterentwicklung und Erweiterung bestehender Beteiligungsformate in den für Bürgerinnen und Bürger relevanten Handlungs- und Entscheidungsbereichen der Energiewende stellen einen der zentralen Handlungsbedarfe dar, um dieser kritischen Haltung und dem grundlegenden Glaubwürdigkeitsproblem der politisch Handelnden adäquat zu begegnen.

2 | UNTERSTÜTZUNG DER ENERGIEWENDE – FÜR DIE GROSSE MEHRHEIT EINE GEMEINSCHAFTSAUFGABE ALLER

Die Unterstützung der Energiewende ist in der deutschen Bevölkerung weiterhin sehr hoch. Eine deutliche Mehrheit der Befragten (**82 %**) versteht die Energiewende als Gemeinschaftsaufgabe, zu der jeder in der Gesellschaft einen Beitrag leisten sollte – ein Anstieg um 2 Prozentpunkte (PP) gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Skeptiker auf einem sehr niedrigen Niveau leicht erhöht (+2 PP).

Die hohen Zustimmungswerte veranschaulichen den breiten Konsens in der Bevölkerung bei diesem Thema. Dennoch zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern/Anhängerinnen unterschiedlicher Parteien. Die Einstellungen gegenüber der Energiewende sind besonders positiv unter Anhänger/Anhängerinnen von Bündnis 90/Die Grünen (**96 %**, +1 PP), der SPD (**89 %**) und der Linken (**86 %**, +2 PP). Die Zustimmungsraten unter Personen, die sich mit der FDP (**77 %**, -1 PP), anderen Parteien (**79 %**, +14 PP) und der AfD (**46 %**, -2 PP) identifizieren, fallen dagegen niedriger aus.

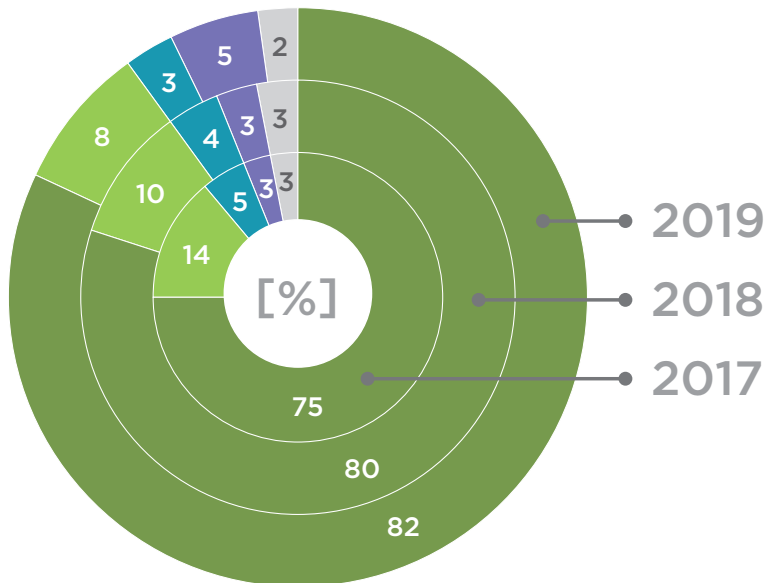
Weiterhin lassen sich leichte Unterschiede zwischen den Erwerbs-, Bildungs- und Einkommensgruppen feststellen. Der Anteil der Befürworter/Befürworterinnen ist unter Personen in Arbeitslosigkeit niedriger als unter Erwerbstätigen, Schüler/Schülerinnen und Studierenden. Mit zunehmendem Bildungsniveau und Einkommen tendieren die Befragten zudem zu einer positiveren Haltung gegenüber der Energiewende.

Im Bundesvergleich ist der Anteil der Haushalte mit einer gleichgültigen bis kritischen Haltung zur Energiewende in Schleswig-Holstein (**3 %**, -2 PP), Hamburg (**5 %**, +1 PP) und Rheinland-Pfalz (**5 %**, -1 PP) am niedrigsten. Am deutlichsten ist die Ablehnung in Sachsen (**17 %**, +5 PP), Mecklenburg-Vorpommern (**14 %**, +7 PP) und Brandenburg (**13 %**, +5 PP) ausgeprägt.

Die Unterstützung der Energiewende und Bereitschaft zum eigenen Handeln hängen auch von der wahrgenommenen Veränderung des Weltklimas ab. Allgemein glauben **77 %** (-3 PP gegenüber 2017) der Befragten an den globalen Klimawandel, jede(r) Fünfte (**21 %**, +3 PP) nicht. Unter den Klimawandelskeptiker/Klimawandelskeptikerinnen ist der Anteil derer, die eine positive Haltung gegenüber der Energiewende haben, mit **81 %** niedriger als unter denen, die den Klimawandel anerkennen (**93 %**). Dennoch ist bemerkenswert, dass vier von fünf Klimaskeptiker/-skeptikerinnen die Energiewende befürworten.

PERSÖNLICHER BEITRAG ZUR ENERGIEWENDE

Wenn Sie an Ihren persönlichen Beitrag zur Energiewende denken, welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Sie zu?



Antwortkategorien

- Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe, bei der jeder, mich eingeschlossen, in der Gesellschaft einen Beitrag leisten sollte.
- Ich finde, die Energiewende ist eine gute Sache. Ich selbst kann oder möchte dazu aber wenig beitragen.
- Hauptsache, ich habe ausreichend und preisgünstige Energie, alles andere ist mir nicht so wichtig.
- Ich halte die Energiewende für falsch und möchte mich nicht daran beteiligen.
- Weiß nicht/keine Angabe.

Basis: 2019: 6.398; 2018: 6.447; 2017: 7.313 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger dem Thema Energiewende grundsätzlich sehr positiv gegenüberstehen, und dies in den letzten drei Jahren auf konstant hohem Niveau. Die Menschen begreifen die Energiewende mehrheitlich als einen Prozess, der eine aktive Beteiligung aller erfordert. Bei der Umsetzung der Energiewende ist damit von einer breiten Unterstützung und einem Interesse zur Partizipation in der Bevölkerung auszugehen. Zugleich veranschaulichen die teilweise deutlichen Meinungsunterschiede im parteipolitischen Spektrum, dass die Einstellungen stark von spezifischen Werten und Überzeugungen beeinflusst werden. Für eine effektive politische Gestaltung der Energiewende ist es folglich ratsam, diese Unterschiede in den jeweiligen Bevölkerungsgruppen zu beachten und stärker gruppenspezifische Kommunikationsangebote zu unterbreiten.

3 | ZIELSETZUNGEN DER ENERGIEWENDE – DIE ZUSTIMMUNG ZUM AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN WÄCHST WEITER

Eine stabile Mehrheit der deutschen Haushalte unterstützt die zentralen politischen Zielsetzungen der Energiewende. Die höchsten Zustimmungswerte erreichen die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausbau erneuerbarer Energieträger und die Senkung des Energieverbrauchs. Beim Ausbau überregionaler Stromnetze, dem Kohle- und Atomausstieg liegt der Anteil der Befürworter leicht darunter. Die Ablehnungsraten bewegen sich wie auch in den Vorjahren auf niedrigem Niveau. Generell sind im zeitlichen Vergleich bei den negativen Einstellungen kaum Veränderungen zu beobachten, mit Ausnahme des Ausstiegs aus der Kernenergie und der Kohle.

Die Mehrheit der Befragten (**56 %**, -8 Prozentpunkte (PP) gegenüber 2018) befürwortet weiterhin den Ausstieg aus der Kernenergie. Auffallend ist der konstante Anstieg des Anteils der Personen, die den Ausstieg ablehnen. Im Vergleich zu den Vorjahren wächst diese Gruppe um 9 Prozentpunkte auf einen Anteil von **24 %** für 2019 an. Frauen (**65 %**, -6 PP) stimmen dem Ausstieg eher zu als Männer (**50 %**, -8 PP); westdeutsche (**58 %**, -8 PP) eher als ostdeutsche Haushalte (**48 %**, -9 PP). Prägnante Unterschiede zeigen sich wiederum den Parteianhängern/Parteianhängerinnen: Die meisten Befürworter sind unter den Anhängern/Anhängerinnen von Bündnis 90/Die Grünen (**81 %**, -12 PP), der SPD (**69 %**, -9 PP) und der Linken (**63 %**, -9 PP) zu finden. Dagegen sind die CDU/CSU- (**46 %**, -6 PP), FDP- (**37 %**, -10 PP) und AfD-Anhänger/Anhängerinnen (**19 %**, -10 PP) in deutlich geringerem Umfang für den Kernenergieausstieg.

Annähernd zwei Drittel der Haushalte (**64 %**, unverändert zu 2018) äußern sich positiv zum Kohleausstieg. Rund jede(r) Sechste (**14 %**) lehnt den Kohleausstieg ab – eine leichte Zunahme um 1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2018. Zwischen den Ost- und Westbundesländern werden deutliche Meinungsunterschiede sichtbar: Die Hälfte der Ostdeutschen (**51 %**, -2 PP) befürwortet den Kohleausstieg, unter Westdeutschen liegt der Anteil bei zwei Drittel (**68 %**, +1 PP).

Der Ausbau überregionaler Stromnetze findet eine breite Zustimmung (**67 %**, +1 PP) in der Bevölkerung. Interessanterweise ist der Zuspruch in der Altersgruppe über sechzig Jahre und unter Rentnern/Rentnerinnen am höchsten. Im Bundesvergleich ist die Zustimmung in den Bundesländern Bremen (**81 %**, +5 PP), Berlin (**76 %**, +10 PP) und Hamburg (**75 %**, +7 PP) am höchsten, in Bayern (**59 %**, +2 PP), in Sachsen-Anhalt (**57 %**, -5 PP) und Thüringen (**48 %**, +1 PP) am niedrigsten.

Großer Konsens besteht in der Befürwortung der Ziele: Steigerung der Energieeffizienz (**83 %**, -2 PP), Ausbau von Erneuerbaren (**83 %**, +1 PP) und Senkung des Energieverbrauchs (**79 %**, +1 PP).

BEFÜRWORTUNG UND ABLEHNUNG DER POLITISCHEN ZIELSETZUNGEN DER ENERGIEWENDE



Die Energiewende umfasst eine Reihe energiepolitischer Zielsetzungen. Bitte geben Sie an, wie Sie persönlich dazu stehen.

Ausstieg Kernenergie	2019	11	13	18	15	41	2	
	2018	8	10	17	15	49	2	
	2017	6	9	16	15	53	2	
Ausstieg Kohle	2019	5	9	21	21	43	3	
	2018	4	9	22	22	42	2	
	2017	3	8	23	23	40	2	
Ausbau überregionaler Stromnetze	2019	2	4	21	30	37	6	
	2018	2	5	22	30	36	5	
	2017	2	6	24	29	34	6	
Ausbau erneuerbare Energieträger	2019	1	2	11	27	56	2	
	2018	1	3	12	26	56	1	
	2017	1	3	12	26	56	1	
Senkung Energieverbrauch	2019	1	2	12	16	32	47	2
	2018	1	3	16	30	48	1	
	2017	1	3	15	28	51	1	
Steigerung Energieeffizienz	2019	1	1	11	12	28	55	4
	2018	1	1	11	10	29	56	3
	2017	1	2	12	10	26	58	3

Antwortkategorien ● lehne ich strikt ab (1) ● (2) ● (3) ● (4) ● befürworte ich stark (5) ● weiß nicht/keine Angabe

Basis: 2019: 6.480; 2018: 6.553; 2017: 7.459 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt

Eine sehr breite Mehrheit befürwortet die allgemeinen energiepolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung. Dies zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger die angestrebten Veränderungen im Energiebereich mehrheitlich für richtig halten und unterstützen. Interessant sind die Entwicklungen hinsichtlich des Ausstiegs aus der Kernenergie. Vermutlich vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen über den Wiedereinstieg in die Kernenergie aus Gründen des Klimaschutzes hat sich das Meinungsbild im Vergleich zu den anderen Handlungsfeldern zugunsten der Gegner des Ausstiegs aus der Kernenergie verschoben. Die konstant hohen Zustimmungsraten beim Kohleausstieg und Ausbau überregionaler Stromnetze stellen eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Fortsetzung und die weitere Ausgestaltung bisheriger Maßnahmen in diesen Bereichen dar. Jedoch sollten insbesondere beim Ausbau der Stromnetze die jeweiligen regionalen Unterschiede in den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden.

4 | UMSETZUNG DER ENERGIEWENDE - DIE BEWERTUNG HAT SICH WEITER VERSCHLECHTERT

Der Trend einer zunehmend kritischen Haltung der Bevölkerung zur Umsetzung der Energiewende hat sich auch im Jahr 2019 weiter verstärkt. Mit Ausnahme der allgemeinen Einstellung gegenüber der Energiewende haben sich die Einschätzungen bei den übrigen Bewertungskriterien, Kosten, politische Planung, Gerechtigkeit und Bürgernähe, teilweise deutlich verschlechtert.

Am negativsten wird der Kostenaspekt bewertet. Die überwiegende Mehrheit der Haushalte (**78%**) erachtet die Energiewende als teuer, hingegen nur **7%** als kostengünstig – 3 Prozentpunkte (PP) mehr bzw. weniger als 2018. Besonders kritisch äußerten sich AfD- (**92%**, +4 PP), FDP- (**84%**, -4 PP) und Anhänger/Anhängerrinnen kleinerer Parteien (**83%**, +12 PP). Zudem ist die Wahrnehmung von Personen in ländlichen Regionen negativer als die in größeren Städten.

Zwei Drittel (**66%**) der Deutschen sind der Ansicht, die Energiewende verlaufe chaotisch, während nicht einmal jede(r) Sechste (**15%**) diese als geplant wahrnimmt. Der Anteil der Skeptiker/Skeptikerinnen liegt damit im Vergleich zu 2018 um 6 Prozentpunkte höher. Die bedeutsamsten Unterschiede zeigen sich zwischen den Anhängern/Anhängerrinnen der AfD (**86%**, +6 PP) und den Anhängern/Anhängerrinnen von Bündnis 90/Die Grünen (**62%**, +4 PP).

Mehr als die Hälfte der Haushalte (**56%**) empfindet die Energiewende als ungerecht, nur **18%** als gerecht. Die Bewertungen liegen damit um 5 bzw. 3 Prozentpunkte über bzw. unter dem Vorjahr. Gegenüber der Gesamtstichprobe nehmen Personen zwischen 18 und 29 Jahren (**29%**, -5 PP gegenüber 2018), mit allgemeiner Hochschulreife (**25%**, -3 PP) und Anhänger/Anhängerrinnen von Bündnis 90/Die Grünen (**32%**, -4 PP) die Energiewende als eher gerecht wahr.

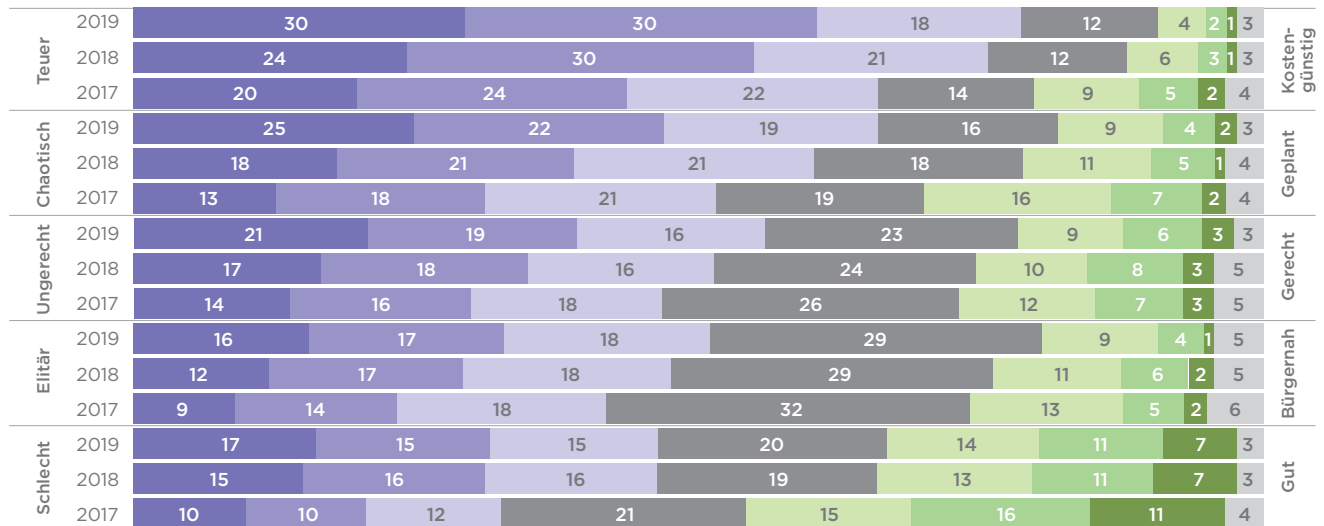
Auch beim Thema Bürgernähe bestätigt sich die kritische Haltung der Bürgerinnen und Bürger. Mehrheitlich (**51%**, +4 PP) wird die Energiewende als elitär eingestuft, nur von einer Minderheit (**14%**, -5 PP) als bürgernah. Beinahe ein Drittel der Haushalte ist in dieser Frage unentschlossen, mehr als bei allen anderen Kriterien. Die Bürgernähe bei der Umsetzung der Energiewende vermissen vor allem Personen mit niedrigem Bildungsniveau und Befragte, die den Parteien AfD und Die Linke nahestehen.

Unverändert zum Vorjahr fällt bei etwa der Hälfte der Befragten (**47%**) die Gesamtbewertung der Energiewende negativ aus. Jede(r) Dritte (**32%**, +1 PP) hat eine positive Einstellung. Personen mit einem überdurchschnittlich positiven Blick sind tendenziell jünger (zwischen 18 und 29 Jahre), verfügen über einen höheren Schulabschluss und identifizieren sich vor allem mit den Parteien Bündnis 90/Die Grünen und der SPD.

BEWERTUNG DER ENERGIEWENDE IN DEUTSCHLAND ANHAND VON GEGENSATZPAAREN



Im Folgenden sehen Sie eine Liste mit verschiedenen Eigenschaftspaaren. Bitte markieren Sie jeweils, wie Sie ganz spontan die Energiewende in Deutschland bewerten würden.



Antwortkategorien



Basis: 2019: 6.470; 2018: 6.533; 2017: 7.410 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt



Die zunehmend negative Bewertung der Umsetzung der Energiewende verdeutlicht den dringenden politischen Handlungsbedarf in dem Themenfeld. Die Aspekte Kosten, politische Planung und Gerechtigkeit stehen im Fokus der Kritik. Dabei ist es einerseits wichtig, im Detail zu verstehen, welche Kostenarten, politischen Umsetzungsprozesse und Verteilungsfragen die negative Wahrnehmung der Menschen im Einzelnen beeinflussen. Andererseits gilt es, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Handlungsoptionen zu entwickeln, die den Betroffenen die Möglichkeit bieten, ihre jeweiligen Vorstellungen und Bedürfnisse einer sozial nachhaltigen Energiewende in den politischen Prozess einzubringen.

5 | (UN-)ZUFRIEDENHEIT MIT DER BUNDESREGIERUNG – KRITIK NIMMT INSBESONDERE IM HINBLICK AUF DIE SOZIALE GERECHTIGKEIT ZU

Die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung auf dem Gebiet der Energiewende nimmt im zweiten Jahr in Folge zu. Den Kritikern geht es mehrheitlich zu langsam voran, und sie befürchten zunehmend, dass bei der Umsetzung die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleibt. Aus Sicht der Mehrheit der Befragten sollte für eine gerechte Verteilung der Kosten das Verursacherprinzip gelten.

Zwei Drittel der deutschen Haushalte (**68 %**) sind mittlerweile mit der Energiewendepolitik der Bundesregierung unzufrieden – ein deutlicher Zuwachs gegenüber 2017 um 19 und im Vergleich zu 2018 um 7 Prozentpunkte (PP). Die kritische Haltung ist gleichermaßen in allen Alters-, Einkommens- und Bildungsgruppen zu finden. Nur noch annähernd jede(r) Zehnte (**8 %**, -8 PP gegenüber 2017) ist mit der Umsetzung zufrieden.

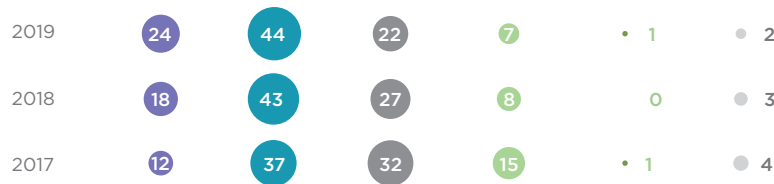
Die zentralen Kritikpunkte unter den Skeptikern/Skeptikerinnen sind ähnlich wie im Vorjahr: zu langsamer Fortschritt, um das Klima wirksam zu schützen (**57 %**, -1 PP); die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke (**55 %**, +3 PP) und zu hohe Kosten (**33 %**). Bemerkenswert ist, dass sich im Vergleich zum Vorjahr bei immer weniger Menschen die Kritik auf die Kosten der Energiewende (-8 PP), die unfairen Wettbewerbsbedingungen für Erneuerbare (**29 %**, -7 PP) und den unzureichenden Landschaftsschutz beziehen (**26 %**, -7 PP). Dennoch fordert eine Minderheit mehr Zeit für den Wandel ein (**12 %**, +4 PP).

Im Hinblick auf die Vorstellungen einer gerechten Kostenverteilung der Energiewende herrscht unter den Befragten keine Einigkeit. Für die Hälfte der Haushalte (**51 %**, -4 PP) ist es am wichtigsten, dass diejenigen, die mehr Energie verbrauchen, auch entsprechend mehr pro verbrauchter Einheit zahlen. Ein Drittel (**29 %**, +9 PP) erachtet es als gerechter, dass Personen mit höheren Einkommen zur Energiewende mehr beisteuern als Menschen mit geringeren Einkommen, während nur jede(r) Sechste (**17 %**, -5 PP) der Bundesregierung raten würde, die Kosten der Energiewende gleichmäßig auf alle zu verteilen.

Das Verursacherprinzip wird vornehmlich von Anhängern/Anhängerinnen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP präferiert. Das Leistungsfähigkeitsprinzip erfährt die größte Zustimmung unter den SPD- und den Die-Linke-Anhängern/Anhängerinnen, während das Durchschnittsprinzip vornehmlich unter AfD- und FDP-Anhängern/Anhängerinnen den größten Anklang findet.

ZUFRIEDENHEIT MIT DER ENERGIEWENDEPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Wenn Sie einmal daran denken, wie die Energiewende umgesetzt wird, wie zufrieden sind Sie diesbezüglich mit der Politik der Bundesregierung?



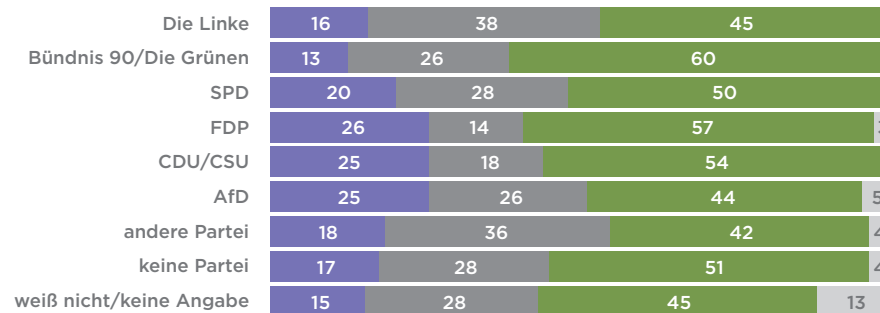
Antwortkategorien

- sehr unzufrieden
- eher unzufrieden
- weder noch
- eher zufrieden
- sehr zufrieden
- weiß nicht/keine Angabe

Basis: 2019: 6.467; 2018: 6.512; 2017: 7.386 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt

RATSCHLÄGE ZUR VERTEILUNG DER KOSTEN DER ENERGIEWENDE NACH PARTEIANHÄNGERN UND PARTEIANHÄNGERINNEN IM JAHR 2019

Wenn Sie der Bundesregierung einen Ratschlag geben könnten, wie sie eine gerechte Verteilung der Kosten der Energiewende gestalten soll, welcher der unten genannten Punkte wäre Ihnen am wichtigsten?



Antwortkategorien

- Die Kosten der Energiewende sollten gleichmäßig auf alle verteilt werden.
- Wer ein höheres Einkommen hat, sollte auch mehr zur Energiewende beisteuern als jemand mit einem geringeren Einkommen.
- Je mehr jemand verbraucht, desto mehr sollte er pro verbrauchter Einheit zahlen.
- weiß nicht/keine Angabe

Basis: 2019: 6.119 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Politik in der Umsetzung der Energiewende den gesellschaftlichen Erwartungen zunehmend nicht mehr gerecht wird. Die Meldungen über den schleppenden Ausbau von Wind- und Solaranlagen sowie den Verfehlungen der Emissionsreduktionsziele im Verkehr haben vermutlich zu dem zentralen Kritikpunkt der Bürgerinnen und Bürger, dem zu geringen Tempo der Energiewende, beigetragen. Die mehrheitliche Vorstellung einer gerechten Kostenverteilung gemäß dem Verursacherprinzip stellt einen Ansatzpunkt dar, um dem Kritikpunkt der mangelnden sozialen Gerechtigkeit der Energiewende zu begegnen.

6 | ZUKÜNFTIGE AUSWIRKUNGEN DER ENERGIEWENDE – SKEPSIS UND SORGE IN EINIGEN LEBENSBEREICHEN

Die deutschen Haushalte schätzen die zukünftigen Auswirkungen der Energiewende auf ihr persönliches Lebensumfeld zunehmend negativ ein. Dabei zeigen sich große Unterschiede zwischen den untersuchten Lebensbereichen: Mehrheitlich sind die Erwartungen hinsichtlich der eigenen finanziellen und wirtschaftlichen Situation sowie der Mobilität eher negativ. Rund jede(r) Vierte bzw. Dritte erwartet positive Einflüsse auf sein/ihr eigenes Wohnumfeld und seine/ihre Ausstattung mit neuer Technik. Interessanterweise nehmen mehr als zwei Drittel der Befragten an, dass die Energiewende keinen Einfluss auf ihre berufliche Tätigkeit hat.

Im Bereich der beruflichen Tätigkeit gehen jedoch auch die Einschätzungen zwischen unterschiedlichen Parteianhängern/Parteianhängerinnen sowie Erwerbs- und Altersgruppen am stärksten auseinander. **31 %** (+13 Prozentpunkte (PP) gegenüber 2017) der AfD-Anhänger/Anhängerinnen sehen zukünftig eher negative Auswirkungen der Energiewende, während mit **6 %** (+3 PP) der Anteil der Skeptiker/Skeptikerinnen unter den Bündnis 90/Die Grünen Anhängern/Anhängerinnen am geringsten ist. Studierende (**30 %**, -2 PP) äußern optimistischere Erwartungen als Erwerbstätige (**11 %**, -3 PP). Generell sind junge Menschen (**22 %** der 18- bis 29-Jährigen, -3 PP) in diesem Aspekt deutlich optimistischer als Befragte über sechzig Jahre (**4 %**, -1 PP).

Auch in den übrigen Lebensbereichen, wie beispielsweise hinsichtlich der eigenen Mobilität, zeigt sich der klare Einfluss der politischen Orientierung auf die Zukunftserwartungen. Anhänger/Anhängerinnen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken äußern durchweg positive Erwartungen, gefolgt von den Anhängern/Anhängerinnen der SPD, CDU und FDP. Besonders niedrig ist der Anteil der Optimisten unter den AfD-Anhängern/Anhängerinnen. Dieses Muster zieht sich durch beinahe alle abgefragten Aspekte der Studie.

Die Auswirkungen der Energiewende auf zukünftige Generationen werden von den Befragten mehrheitlich (**57 %**) positiv gesehen – das sind jedoch 16 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2017. Die Einschätzungen unterscheiden sich insbesondere zwischen den unterschiedlichen Bildungsgruppen und Parteianhängern/Parteianhängerinnen. Personen mit Hauptschulabschluss sind skeptischer (**49 %**, -20 PP) als Befragte mit Hochschulreife (**68 %**, -13 PP). Die Anhänger/Anhängerinnen von Bündnis 90/Die Grünen (**77 %**), der SPD (**65 %**) und der Linken (**64 %**) sind mehrheitlich optimistisch, während unter den Personen mit Bindung zur AfD nur jede(r) Fünfte (**21 %**) positiven Einfluss auf künftige Generationen erwartet.

ERWARTETE AUSWIRKUNGEN DER ENERGIEWENDE AUF UNTERSCHIEDLICHE LEBENSBEREICHE

Was denken Sie, wird die Energiewende in den nächsten zehn Jahren auf Sie eher positive oder eher negative Auswirkungen haben?



Finanzielle und wirtschaftliche Situation	2019	57	34	4	4
	2017	53	33	8	6
Mobilität – Umfang und Art der genutzten Verkehrsmittel	2019	39	34	24	4
	2017	25	42	26	6
Wohnumfeld	2019	17	54	23	6
	2017	13	49	30	7
Ausstattung mit neuer Technik	2019	14	46	35	6
	2017	9	40	45	7
Berufliche Tätigkeit	2019	13	68	8	12
	2017	7	73	11	9

Antwortkategorien

- eher negative Auswirkungen
- weder noch
- eher positive Auswirkungen
- weiß nicht/ keine Angabe

Basis: 2019: 6.397; in 2017: 7.297 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt

ERWARTETE AUSWIRKUNGEN DER ENERGIEWENDE AUF ZUKÜNFTIGE GENERATIONEN

Wenn Sie an Ihre (Enkel-)Kinder oder nachfolgende Generationen denken:
Wird die Energiewende für diese Personen eher positive oder negative Auswirkungen haben?

2019	18	19	57	6
2017	10	11	73	6

Antwortkategorien

- eher negative Auswirkungen
- weder noch
- eher positive Auswirkungen
- weiß nicht/ keine Angabe

Basis: 2019: 6.396; 2017: 7.293 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt



Die Ergebnisse vermitteln ein differenziertes Bild über die Zukunftserwartungen der Bürgerinnen und Bürger infolge der Energiewende. Um der größten Sorge – den negativen finanziellen Auswirkungen der Energiewende – zu begegnen, ist es wichtig, den Erwartungen einer sozial verträglichen Verteilung der Kosten gerecht zu werden sowie mögliche Entlastungen transparent und sichtbar zu machen. Im Bereich Mobilität können durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs insbesondere in ländlichen Regionen attraktive Alternativen zur jetzigen PKW-orientierten Mobilität geschaffen werden. Mehrheitlich positive Erwartungen in den Bereichen Ausstattung mit neuer Technik und eigenes Wohnumfeld stellen wichtige Anknüpfungspunkte dar, um durch gezielte (Kommunikations-)Maßnahmen die Chancen und positiven Aspekte des umfassenden Transformationsprozesses deutlicher als bislang herauszustellen.

7 | AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN – DIE BEFÜRWORDER SIND AUF DEM VORMARSCH

Bei der Zustimmung zum Ausbau der Erneuerbare-Energien-Technologien zeichnet sich ein positiver Trend ab: Nach dem Rückgang 2018 äußern sich technologieübergreifend wieder mehr Menschen positiv zum Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland. Die Bewertungen fallen jedoch zum Teil recht unterschiedlich aus. Während der Ausbau von Solaranlagen auf Hausdächern und die Nutzung von Erdwärme großen Zuspruch erfahren, offenbaren insbesondere die Antworten beim Ausbau von Windenergieanlagen an Land und von Biogasanlagen ein geteiltes Meinungsbild in der Bevölkerung.

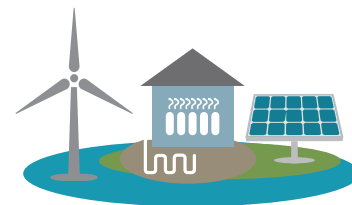
Die Hälfte der Haushalte (**51%**) befürwortet den Ausbau von Windenergieanlagen an Land – ein Anstieg um 5 Prozentpunkte (PP) gegenüber dem Vorjahr. Von jeder/jedem Fünften (**20%**, -2 PP gegenüber 2018) wird dieses Ziel abgelehnt. In den Äußerungen lassen sich signifikante Unterschiede zwischen Haushalten in städtischen und ländlichen Regionen sowie zwischen Ost- und Westdeutschen feststellen. In Großstädten ist der Anteil der Befürworter/Befürworterinnen (**58%**, +9 PP) beinahe um ein Drittel höher als in dünn besiedelten ländlichen Gegenden Deutschlands (**45%**, +4 PP). Die Zustimmungsraten in Ostdeutschland (**39%**, +1 PP) liegen unter dem Niveau in Westdeutschland (**55%**, +6 PP). Der Anteil der ablehnenden Haushalte, die bereits Windkraftanlagen in ihrem Wohnumfeld haben, liegt interessanterweise mit **22%** (unverändert zu 2018) nur etwas höher als bei denen, in deren Wohnumfeld keine Windkraftanlage steht (**19%**, -3 PP).

Auch der Zuspruch für den Ausbau der Stromgewinnung durch Biomasseanlagen (**54%**) ist im Einjahresvergleich um 8 Prozentpunkte gestiegen. Analog zu den Ergebnissen bei Windenergieanlagen unterscheiden sich hier die Zustimmungsraten zwischen Haushalten mit vorhandenen Biogasanlagen (**50%**, +8 PP) und ohne Biogasanlagen im Wohnumfeld (**56%**, +9 PP) nur in geringem Umfang.

Im Vergleich der Technologien verzeichnet der Ausbau von Solaranlagen auf Freiflächen, mit einer Zunahme von 2017 bis 2019 um 19 Prozentpunkte, den stärksten Zuwachs an Befürwortern/Befürworterinnen (**63%**).

Den Ausbau von Windenergieanlagen auf See (**69%**, +5 PP), die erweiterte Nutzung von Erdwärme (**78%**, +4 PP) sowie den Ausbau von Solaranlagen auf Hausdächern (**85%**, +4 PP) befürwortet der weit überwiegende Teil der Bevölkerung. Die Anteile der Skeptiker/Skeptikerinnen liegen bei allen drei Technologien mit **11%** (-2 PP, Wind), **4%** (-3 PP, Erdwärme) und **3%** (-2 PP, Solar) auf einem sehr niedrigen Niveau.

BEFÜRWORTUNG UND ABLEHNUNG DES AUSBAUS ERNEUERBARE-ENERGIEN-TECHNOLOGIEN



Die Energiewende umfasst unter anderem den Ausbau erneuerbarer Energien. Bitte geben Sie an, wie Sie persönlich zu den unterschiedlichen Technologien stehen.

Ausbau Windenergieanlagen Land	2019	7	13	28	30	21	1
	2018	7	15	30	28	18	1
	2017	4	9	19	31	35	2
Ausbau Biomasseanlagen	2019	4	11	27	30	24	4
	2018	6	15	29	28	18	4
	2017	6	15	28	27	20	4
Ausbau Solaranlagen Freiflächen	2019	4	9	22	32	31	1
	2018	5	11	24	31	28	1
	2017	7	17	30	27	17	2
Ausbau Windenergieanlagen See	2019	4	7	19	31	38	1
	2018	4	9	21	30	34	2
	2017	1	4	15	34	44	2
Nutzung Erdwärme	2019	1	3	15	33	45	3
	2018	2	5	17	34	40	3
	2017	2	5	17	33	40	3
Ausbau Solaranlagen Hausdächer	2019	1	2	12	28	57	1
	2018	1	4	12	30	51	1
	2017	1	4	14	32	48	1

Antwortkategorien ● lehne ich strikt ab (1) ● (2) ● (3) ● (4) ● befürworte ich stark (5) ● weiß nicht/keine Angabe

Basis: 2019: 6.467; 2018: 6.512; 2017: 7.386 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt



Die Resultate signalisieren für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien eine breite Unterstützung in großen Teilen der Bevölkerung. Die positive Entwicklung der Zustimmungsraten bei allen Technologien lassen vermuten, dass die zunehmende Dringlichkeit des Handelns und die durch die „Fridays for Future“ Bewegung ausgelösten Debatten einen positiven Effekt auf die Akzeptanz klimafreundlicher Energieformen hervorgebracht haben. Auch bei den weniger attraktiven Energieträgern wie Windenergie an Land und Biomasse deutet sich mit dem Rückgang der skeptischen Einschätzungen ein Umdenken an. Bei der Umsetzung konkreter Ausbaumaßnahmen gilt es jedoch, die jeweiligen regionalen Unterschiede in den Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. Zudem ist zu erwarten, dass die frühzeitige Einbindung in Planungsprozesse und Investitionsbeteiligungen von Bürgerinnen und Bürgern die Akzeptanz neuer Anlagen positiv beeinflussen werden.

8 | VERWENDUNG VON EINNAHMEN DURCH CO₂-STEUER – KLARE MEHRHEIT FÜR DEN AUSBAU KLIMAFREUNDLICHER MOBILITÄT

Die Mehrheit der deutschen Haushalte ist grundsätzlich bereit, für den Klimaschutz höhere Kosten auf Sprit, Heizöl und Erdgas zu tragen. Im Hinblick auf die Verwendung und Rückverteilung der zusätzlichen Einnahmen besteht bei den Bürgerinnen und Bürgern in zwei Punkten weitgehend Konsens: Die Gelder sollen nicht in den Bundeshaushalt fließen und stattdessen für den Ausbau eines klimafreundlichen Verkehrssystems und erneuerbarer Energiequellen genutzt werden.

Die Hälfte der Befragten (**54%**) äußert die prinzipielle Bereitschaft, für den Klimaschutz höhere Energiekosten auf sich zu nehmen, **40%** zeigen diese Bereitschaft nicht. Dabei bestehen jedoch bei den Einkommensgruppen wesentliche Unterschiede. Mit zunehmendem Haushaltseinkommen nimmt auch die Bereitschaft zur Übernahme klimaschutzbedingter Mehrkosten zu. Unter den einkommensreichen Haushalten ist die Zustimmungsrate annähernd doppelt so hoch wie unter den einkommensarmen Haushalten.

Die Mehreinnahmen der CO₂-Steuer in den Bundeshaushalt fließen zu lassen, lehnen zwei Drittel (**69%**) der Bevölkerung ab. Ebenso stößt der Vorschlag, die Gelder für die Senkung anderer Steuern zu verwenden, mehrheitlich auf Ablehnung (**52%**). Bedeutsame Unterschiede zeigen sich bei den Antworten zur Option der Steuersenkung zwischen Einkommens-, Bildungs- und Parteigruppen. Dabei ist der Ablehnungsanteil unter Einkommensreichen, Personen mit allgemeiner Hochschulreife und unter Anhängern/Anhängerinnen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD am höchsten.

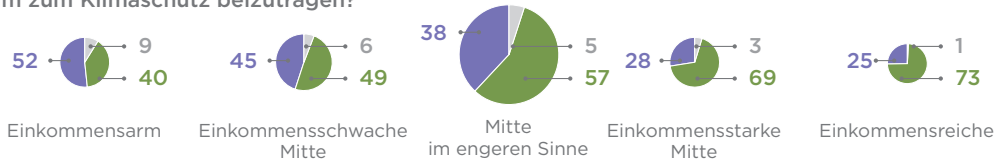
Unter den untersuchten Rückverteilungsmöglichkeiten der Einnahmen findet der pauschale Pro-Kopf-Transfer (**43%**) die meiste Zustimmung, gefolgt von der Rückzahlung an besonders belastete Haushalte (**37%**) und der gezielten Unterstützung von Haushalten mit niedrigem Einkommen (**34%**). Im Gegensatz zu der pauschalen Rückzahlung der Gelder an die Bürgerinnen und Bürger lassen sich bei den beiden letzteren Maßnahmen interessante Unterschiede in der Bevölkerung feststellen. Die Unterstützer/Unterstützerinnen dieser Maßnahmen sind tendenziell älter und verfügen über niedrige bis mittlere Einkommen. Es handelt sich um Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau, die tendenziell häufiger in Großstädten leben.

Mit **73%** bzw. **70%** befürwortet eine deutliche Mehrheit die Optionen, die zusätzlichen Einnahmen für den Ausbau eines klimafreundlichen Verkehrssystems und für den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen zu verwenden. Der Anteil der Gegner/Gegnerinnen dieser Maßnahmen liegt mit **8%** und **9%** auf sehr niedrigem Niveau.

BEREITSCHAFT, KLIMASCHUTZBEDINGTE MEHRKOSTEN ZU TRAGEN, NACH EINKOMMENSGRUPPEN



Sind Sie grundsätzlich dazu bereit, höhere Kosten für Benzin und Heizöl bzw. Erdgas zu tragen, um zum Klimaschutz beizutragen?



Antwortkategorien

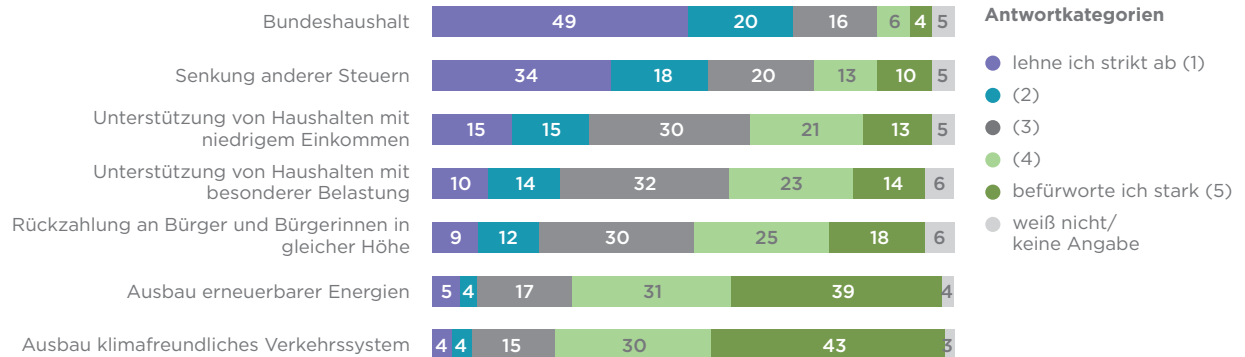
- Nein
- Ja
- weiß nicht/keine Angabe

Basis: 2019: 6.380 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt

BEFÜRWORTUNG UND ABLEHNUNG VON MASSNAHMEN ZUR VERWENDUNG VON MEHREINNAHMEN DURCH CO₂-BEPREISUNG

Bitte geben Sie an, inwieweit Sie folgende Maßnahmen befürworten oder ablehnen.

Die Mehreinnahmen durch die CO₂-Steuer sollten für folgende Zwecke verwendet werden:



Antwortkategorien

- lehne ich strikt ab (1)
- (2)
- (3)
- (4)
- befürworte ich stark (5)
- weiß nicht/keine Angabe

Basis: 2019: 6.299 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt¹



Die Ergebnisse zeigen, dass die grundsätzliche Unterstützung einer CO₂-Bepreisung in starkem Maße von dem verfügbaren Einkommen der Haushalte abhängig ist. Kompensationsmechanismen, die besonders betroffene Haushalte und Personengruppen mit niedrigen Einkommen begünstigen, können zur Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz beitragen. Die eindeutigen Präferenzen hinsichtlich der zweckbezogenen Verwendung der Mehreinnahmen in den Bereichen Ausbau erneuerbarer Energien und klimafreundlichen Verkehrs veranschaulichen die Erwartungen und Bedingungen, unter denen die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, diese Mehrbelastungen zu tragen. Es ist anzunehmen, dass die Effektivität politischen Handelns in diesen Bereichen die weitere gesellschaftliche Akzeptanz klimaschutzbedingter Energiepreissteigerungen maßgeblich beeinflussen wird.

9 | MASSNAHMEN FÜR KLIMAFREUNDLICHEREN VERKEHR – DIE ABKEHR VOM KONVENTIONELLEN VERBRENNER BLEIBT DIE GRÖSSTE HERAUSFORDERUNG

Zur Reduktion der Emissionen im Verkehrssektor bevorzugt der Großteil der Deutschen vornehmlich Maßnahmen, die sich auf den Ausbau der Nah- und Fernverkehrssysteme der Bahn sowie den Ausbau des Radverkehrs beziehen. Inventionen, die den Verkauf und die innerstädtische Nutzung von Autos mit Verbrennungsmotoren verringern sollen, werden ebenso wie ein Verbot von Flügen innerhalb Deutschlands vom Großteil der Haushalte abgelehnt.

Bei den Pkw-bezogenen Maßnahmen zeigt sich ein zweigeteiltes Bild: Die Mehrheit der Befragten steht dem Verbot von Neuzulassungen von Autos mit Verbrennungsmotor ab 2030 (**64 %**, + 10 Prozentpunkte (PP) gegenüber 2018), Zufahrtsbeschränkungen für Autos mit Diesel- und Benzinmotoren (**52 %**) und Subventionen beim Kauf von E-Autos (**37 %**) skeptisch gegenüber. Den generellen Ausbau von E-Mobilität bewertet etwas mehr als ein Drittel positiv, knapp ein Drittel negativ und der Rest ist unentschieden (**34 %** vs. **31 %** Anteil Ablehnung). Im Gegensatz dazu werden von den meisten Haushalten ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen (**52 %**) und die Abschaffung der steuerlichen Bevorteilung von Dieselmotoren (**48 %**) befürwortet.

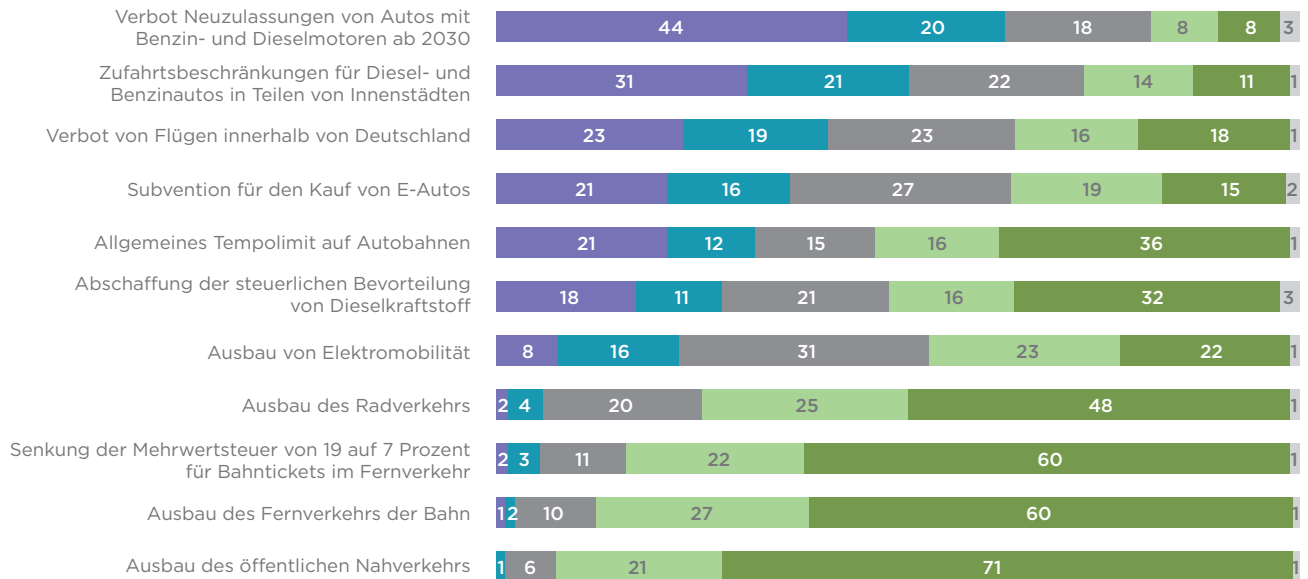
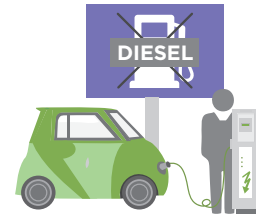
Die Befürworter/Befürworterinnen dieser emissionsreduzierenden Instrumente des Autoverkehrs sind tendenziell jüngere Menschen (ausgenommen Tempolimit), mehrheitlich Frauen sowie Personen aus Haushalten, die über kein Auto verfügen. Zudem haben sie eine stärkere Bindung zu den Parteien Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, leben eher in Großstädten, vor allem in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, und sind überdurchschnittlich häufig Studierende und Arbeitslose.

Die Unterstützung der Förderung von Nah- und Fernverkehr der Bahn könnte nicht eindeutiger ausfallen. Mit Zustimmungsraten von **92 %** für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, mit einem Anteil von **87 %** für den Ausbau des Fernverkehrs und mit **82 %** Zuspruch für die bereits umgesetzte Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets lassen sich die zentralen Prioritäten der Bevölkerung eindeutig belegen.

Drei von vier Haushalten (**73 %**) unterstützen den Ausbau des Radverkehrs. Bemerkenswerterweise ist im Vergleich der Bundesländer die Zustimmung im Saarland (**54 %**) sowie in den Stadtstaaten Berlin (**66 %**) und Hamburg (**66 %**) am niedrigsten.

BEFÜRWORTUNG UND ABLEHNUNG VON MASSNAHMEN FÜR KLIMAFREUNDLICHEN VERKEHR

Um die Energiewende auch im Verkehrsbereich voranzubringen, werden unterschiedliche Maßnahmen vorgeschlagen. Wie sehr sind Sie für oder gegen die folgenden Maßnahmen?



Antwortkategorien ● lehne ich strikt ab (1) ● (2) ● (3) ● (4) ● befürworte ich stark (5) ● weiß nicht/keine Angabe

Basis: 2019: 6.447 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt

Die hohen Zustimmungsraten für den Ausbau von Radwegen sowie für den Nah- und Fernverkehr der Bahn zeigen, an welcher Stelle aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die Verkehrswende beginnen sollte: beim Ausbau attraktiver Alternativen zum privaten Pkw mit Verbrennungsmotor. Die relativ niedrige Unterstützung der E-Mobilität lässt vermuten, dass diese Mobilitätsform für viele aktuell noch keine erschwingliche und ihren Bedürfnissen gerecht werdende Wahlmöglichkeit darstellt. Eine breite gesellschaftliche Unterstützung zur Abkehr vom Verbrennungsmotor ist noch nicht in Sicht. Allerdings werden Tempolimit und die steuerliche Begünstigung zur Abkehr von Dieselmotoren von rund der Hälfte der Befragten befürwortet. Die Schaffung effektiver Alternativen, sowohl spezifische finanzielle als auch nichtfinanzielle Anreize für Verhaltens- und Lebensstilveränderungen, werden begrüßt, müssen jedoch auf die jeweiligen Zielgruppen abgestimmt werden.

10 | MASSNAHMEN ZUR STEIGERUNG DER AKZEPTANZ VON WINDENERGIE – FINANZIELLE BETEILIGUNG ERFÄHRT DEN STÄRKSTEN ZUSPRUCH

Die Protestbereitschaft gegen geplante Windkraftanlagen ist nach einem Anstieg im Vorjahr im Jahr 2019 wieder zurückgegangen. Unter den untersuchten Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz neuer Windenergieanlagen werden im Besonderen direkte Investitionsmöglichkeiten für Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger sowie umsatzabhängige Abgaben der Anlagenbetreiber an Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger bevorzugt. Zudem spricht sich eine Mehrheit gegen pauschale Mindestabstände von Windanlagen zu Wohngebieten aus.

Mehr als die Hälfte der Haushalte kann sich eigene Protestaktionen gegen geplante Windenergieanlagen (eher nicht vorstellen (**55 %**) – eine Zunahme von 8 Prozentpunkten (PP) gegenüber 2018. Der Anteil liegt jedoch noch 5 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2017. Die Bereitschaft für und aktive Teilnahme an Protesten sind in Ostdeutschland (**48 %**, -8 PP) stärker ausgeprägter als in Westdeutschland (**39 %**, -9 PP). In Thüringen (**56 %**, -9 PP) und Mecklenburg-Vorpommern (**55 %**, -12 PP) ist die Protestbereitschaft am höchsten. Interessanterweise ist der Widerstand bei Haushalten mit und ohne Windkraftanlagen in der eigenen Wohnumgebung (**43 %** vs. **41 %**) auf beinahe gleichem Niveau.

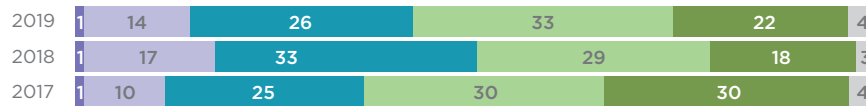
Pauschale höhenbezogene Abstandsregelungen für neue Windenergieanlagen in der Distanz der zehnfachen Anlagenhöhe zu Wohngebieten erreichen mit einem Anteil von **45 %** die geringste Zustimmung. Die Ablehnung ist bei Jüngeren (18 bis 29 Jahre, **27 %**) und Westdeutschen (**20 %**) höher als bei Älteren (ab 60 Jahre, **17 %**) und bei Bürgerinnen und Bürgern aus Ostdeutschland (**13 %**). Etwa jede(r) Zweite (**52 %**) befürwortet eine feste Abgabe der Betreiber/Betreiberinnen an die vom Neubau betroffenen Gemeinden. Die einkommensstärksten Haushalte lehnen die Intervention deutlich stärker ab (**27 %**) als die einkommensschwächsten Haushalte (**17 %**). Annähernd zwei von drei der Befragten (**62 %**) sprechen sich gegen pauschale Mindestabstände von Windenergieanlagen aus und fordern die Berücksichtigung standortspezifischer Gegebenheiten. Im Bundesvergleich sind Ablehnungsraten dieser Maßnahme in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit jeweils **19 %** am höchsten.

Einen deutlichen Zuspruch (**65 %**) erfahren umsatzabhängige Abgaben der Betreiber/Betreiberinnen an betroffene Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger sowie die Möglichkeit für die Bewohner/Bewohnerinnen, sich über eigene Investitionen an den Gewinnen der Windenergieanlagen zu beteiligen (**66 %**). Die Ablehnungsraten für direkte Investitionen in Windenergieanlagen unterscheiden sich am deutlichsten unter Anhängern/Anhängerrinnen der AfD (**14 %**) sowie der FDP (**9 %**) und denen von Bündnis 90/Die Grünen (**4 %**).

PROTESTBEREITSCHAFT GEGEN GEPLANTE WINDRÄDER IN WOHNUMGEBUNG



Können Sie sich vorstellen, sich an einer Unterschriftensammlung, Protestaktion oder Bürgerinitiative gegen geplante Windräder in Ihrer Umgebung zu beteiligen?



Antwortkategorien

- Ich bin bereits gegen WKA engagiert.
- Das kann ich mir auf jeden Fall vorstellen.
- Das kann ich mir unter bestimmten Bedingungen vorstellen, z.B. wenn ich direkt betroffen bin.
- Das kann ich mir eher nicht vorstellen.
- Das kann ich mir auf keinen Fall vorstellen.
- weiß nicht/keine Angabe

Basis: 2019: 6.383; 2018: 6.434; 2017: 7.226 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent
Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt²

BEFÜRWORDUNG UND ABLEHNUNG VON MASSNAHMEN ZUR STEIGERUNG DER AKZEPTANZ NEUER WINDENERGIEANLAGEN IM JAHR 2019

Wie sehr sind Sie für oder gegen die folgenden Maßnahmen?



Basis: 2019: 6.412 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt³

Entsprechend der im Jahr 2019 wieder gestiegenen Unterstützung des Ausbaus von Windenergie geht die Protestbereitschaft gegen Windanlagen zurück. Inwieweit dieser Rückgang durch den zuletzt stagnierenden Ausbau von Windanlagen beeinflusst ist oder einen tatsächlichen Gesinnungswandel darstellt, kann auf Grundlage der Analysen nicht beantwortet werden. Die identifizierten Präferenzen für umsatzabhängige Abgaben von Betreibern/Betreiberinnen und Investitionsmöglichkeiten für Gemeinden sowie Bürgerinnen und Bürger unterstreichen die Relevanz des unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzens auf lokaler Ebene für die Akzeptanz von erneuerbaren Energien. Das mehrheitliche Votum der Haushalte gegen pauschale höhenbezogene Mindestabstände von Windanlagen könnte der aktuellen politischen Debatte zu dem Thema einen neuen Impuls geben. Dabei sollten jedoch auch die regionalen Unterschiede in dieser Frage berücksichtigt werden.

11 | EINSTELLUNGEN ZU „FRIDAYS FOR FUTURE“ – DIE MEHRHEIT UNTERSTÜTZT KLIMADEMONSTRATIONEN, JEDOCH NICHT UNEINGESCHRÄNKT

Die „Fridays for Future“-Demonstrationen werden von den Befragten mehrheitlich positiv bewertet. Große Einigkeit herrscht hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Funktion der Kundgebungen. Demonstrationen der Schüler/Schülerinnen auch während der Unterrichtszeiten unterstützt jedoch nur eine Minderheit der Befragten.

Etwa die Hälfte (**45%**) der deutschen Haushalte hat eine positive Haltung zu den Protesten der Schüler/Schülerinnen im Rahmen der „Fridays for Future“-Bewegung. Jede(r) Dritte (**32%**) sieht das Vorgehen aber (eher) kritisch. Deutliche Unterschiede in den Zustimmungswerten lassen sich zwischen den Bundesländern, Siedlungsstrukturen, Bildungs- und Parteigruppen feststellen. Der Anteil der Befürworter/Befürworterinnen ist in Westdeutschland und Großstädten höher als in den ostdeutschen Bundesländern und ländlichen Regionen. Mit zunehmend höherem Schulabschluss tendieren Personen zu einer positiveren Haltung. Besonders drastische Unterschiede in Ablehnungsraten zeigen sich zwischen den Anhängern/Anhängerinnen der AfD (**82%**) und den Anhängern/Anhängerinnen von Bündnis 90/Die Grünen (**4%**).

40% der befragten Haushalte stimmen der Aussage zu, dass Schüler/Schülerinnen auch während der Unterrichtszeit das Recht haben, für den Klimaschutz zu demonstrieren. Die relative Mehrheit (**49%**) lehnt diese Position jedoch ab. Die Ablehnungsrate ist unter Haushalten in dünn besiedelten ländlichen Regionen mit **56%** deutlich höher als in Großstädten (**43%**).

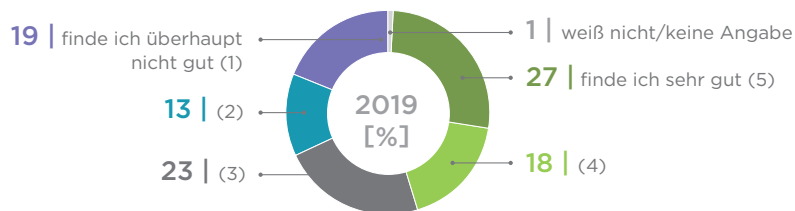
Mehr als die Hälfte (**57%**) ist der Meinung, dass die Demonstrationen überschätzt werden und Verhaltensveränderungen der Schüler/Schülerinnen im Sinne des Klimaschutzes für eine sichere Zukunft wichtiger und wirksamer wären. Jede(r) Vierte (**27%**) teilt diese Haltung nicht. Die Zustimmungsraten zu dieser Position nehmen mit zunehmendem Bildungsniveau ab.

Zwei von drei (**63%**) sind davon überzeugt, dass Schüler/Schülerinnen das Recht auf Demonstrationen haben, jedoch nicht während des Unterrichts, sondern während ihrer Freizeit. Jede(r) Vierte (**27%**) ist nicht dieser Meinung. Von jungen Menschen (18 bis 29 Jahre) wird diese Position am wenigsten geteilt.

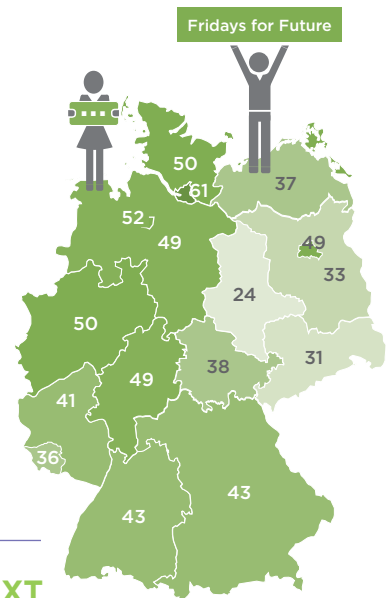
Der Aussage, dass die Demonstrationen eine wichtige politische Funktion haben, mit denen die Schüler/Schülerinnen deutlich machen, dass die heutigen klimapolitischen Entscheidungen auch eine Frage der Generationengerechtigkeit sind, stimmt die überwiegende Mehrheit (**73%**) zu. Lediglich **15%** teilen diese Position nicht. Unter Anhängern/Anhängerinnen des linken Parteienspektrums – Bündnis 90/Die Grünen (**94%**), SPD (**83%**) und die Linke (**82%**) – findet diese Haltung den meisten Zuspruch.

ALLGEMEINE EINSTELLUNG ZU „FRIDAYS FOR FUTURE“-DEMONSTRATIONEN

Derzeit demonstrieren in vielen Städten jeden Freitag Schüler und Schülerinnen während und außerhalb der Schulzeit für mehr Klimaschutz. Was ist Ihre Einstellung gegenüber diesen sogenannten „Fridays for Future“ Demonstrationen?

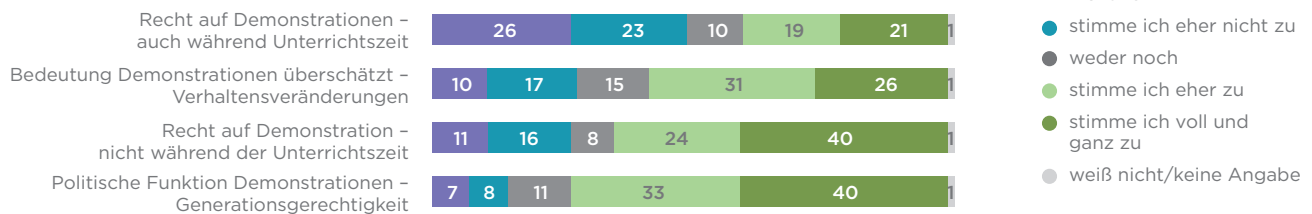


Basis: 2019: 6.546 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt



ZUSTIMMUNG UND ABLEHNUNG ZU AUSSAGEN IM KONTEXT DER „FRIDAYS FOR FUTURE“-DEMONSTRATIONEN

Bitte geben Sie an, in welchem Maße Sie den folgenden Aussagen über die „Fridays for Future“-Demonstrationen zustimmen.



Basis: 2019: 6.516 | Datenquelle: IASS/dynamis | Angaben in Prozent | Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt⁴

Die Bewertungen der „Fridays for Future“-Bewegung deuten darauf hin, dass die Klimaproteste der Schüler/Schülerinnen zwar größtenteils inhaltlich unterstützt werden, dieses Thema jedoch die Gesellschaft teilweise polarisiert. Ideologische und regional-kulturelle Einflussfaktoren scheinen einen starken Einfluss auf die Einstellungsunterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen zu haben. Der detailliertere Blick auf die Motive der Haltungen veranschaulicht, dass sich die skeptischen Stimmen vornehmlich an den Aspekten Unterrichtsausfall und mangelnden Verhaltenskonsequenz der Schüler/Schülerinnen stören. Der breite Konsens im Hinblick auf die wichtige politische Bedeutung der Kundgebungen für eine nachhaltige und generationengerechte Klimapolitik kann als Ausdruck der Wertschätzung des politischen Handelns der jungen Generation verstanden werden.

FAZIT

Wie lange kann etwas auf der Kippe stehen, bevor es kippt? Im vergangenen Jahr konstatierten wir angesichts der 2018er-Befragungsergebnisse genau dies: dass die Energiewende auf der Kippe stehe. Nun, ein Jahr später, müssen wir feststellen, dass die Situation noch schlechter, noch gravierender geworden ist. Die Umsetzung der Energiewende wird von noch mehr Menschen als zu teuer, zu chaotisch und zu ungerecht empfunden.

Man muss fragen, was vor diesem Hintergrund die generelle Befürwortung der Energiewende als „Gemeinschaftswerk“ bedeutet – denn auch das ist ein Ergebnis der 2019er-Befragung. Offenbar ist es so: Die Einladung der Politik, die Energiewende als ein Projekt aller zu betrachten, hallt noch immer in Deutschland nach. Offenbar wollen die Menschen den Weg in eine dekarbonisierte Energiezukunft mitgehen, ja sogar mitgestalten.

So der Wunsch. Doch die Realität wird anders wahrgenommen: als teuer, chaotisch und ungerecht. Warum empfinden die Menschen das so? Warum, um im Bild zu bleiben, haben die Menschen das Gefühl, dass sie zu einem großen Fest eingeladen worden sind, sie aber auf lauter Barrieren stoßen, um überhaupt zu dem Fest zu gelangen?

Die Gründe hierfür liegen, auch diese Erkenntnis liefert das Barometer, in zweierlei Bereichen. Diese hängen möglicherweise – hierzu bedarf es weiterer Forschung – miteinander zusammen. Erstens: Die Menschen interessieren sich zwar generell für Politik, betrachten ihre Möglichkeiten im Hinblick auf eine effektvolle Mitwirkung jedoch als begrenzt. Im populären Diskurs hat sich hierfür der Terminus „Politikverdrossenheit“ eingebürgert. Es scheint aber mehr als eine Mutmaßung zu sein, dass dieses Wort nur eine wenig treffende Umschreibung dafür ist, dass viele Menschen das Vertrauen in ihre eigenen Gestaltungsmöglichkeiten verloren haben. Die Energiewende erscheint nur als ein Themenfeld, in dem dieser Befund besonders offen zutage tritt. Es handelt sich aber um ein besonders brisantes Themenfeld, nicht nur weil die Energiewende zu massiven gesellschaftlichen Veränderungen führt. Aufgrund des überwiegend dezentralen Einsatzes erneuerbarer Energien ist der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach Teilhabe an notwendigen Entscheidungen vor Ort besonders gut nachvollziehbar. Den Wunsch nach Teilhabe umzusetzen, ist in den vergangenen Jahren immer schwieriger geworden. Nun rächt es sich, dass die Mahnungen des Manifests zur sozialen Energiewende der innogy Stiftung und der 100 Prozent erneuerbar stiftung von der Politik nicht ausreichend beachtet wurden.

Zweitens: Das Barometer weist ganz klar aus, dass die Politik in wesentlichen Punkten an den sich deutlich artikulierenden Interessen und Wünschen vieler Menschen vorbei agiert. Wenn eine CO₂-Bepreisung eingeführt wird, dann wollen insbesondere die einkommenschwachen Haushalte einen gerechten Ausgleich dafür haben. Aber die Bürgerinnen und Bürger sagen auch mehrheitlich: Wir wollen nicht einfach unser Geld zurück, wie die meisten Ökonomen den Menschen unterstellen. Sondern wir wollen Investitionen in die Zukunft. In eine signifikante Verbesserung unseres öffentlichen Verkehrssystems zum Beispiel. Die Politik ist hier zu zaghaft und hat den Willen nach wirksamen Klimaschutzmaßnahmen unterschätzt. Sie blendet also nicht nur die Wünsche der Bevölkerung weitgehend aus, sondern unterschätzt auch die Attraktivität von gemeinschaftlichen Tugenden wie Gemeinsinn und langfristiges Denken.

Dass das so ist, ist äußerst bedenklich. Denn wer aus politisch-taktischen Gründen keine klare Position bezieht und entsprechende Rahmenbedingungen schafft, genießt kein Vertrauen. Denn es investiert – ob Privatmensch oder Unternehmen – nur in die Zukunft, wer die Rahmenbedingungen seines Handelns erkennen kann. Wenn die Politik nicht für Planungs- und Handlungssicherheit sorgt, wird sie weiter an Zustimmung verlieren – auch wenn das bei nur noch acht Prozent der Befragten, die mit der Energiewendepolitik der Bundesregierung sehr oder eher zufrieden sind, kaum noch möglich ist. Dies beschreibt im Wesentlichen den Kern der Problematik.

Bis auf dies: Auch die Wissenschaft kann hierzu einen noch stärkeren Beitrag leisten. Sie genießt – auch das belegen die Zahlen des Barometers – noch immer das höchste Vertrauen in den Augen der Menschen. Um aber stärker auf den Erfolg eines Projekts wie der Energiewende hinzuwirken, muss auch sie ihre Rolle überdenken. Systemisches Denken, interdisziplinäre Kooperation und praxisgerechte Orientierungen sind weiterhin in vielen Teilen der Wissenschaft Fremdworte. Gerade die Kommunikation zwischen Wissenschaft und den betroffenen Menschen ist für das Gelingen der Energiewende unerlässlich.

METHODIK

Die Onlineerhebung des sozialen Nachhaltigkeitsbarometers wurde im Jahr 2019 wie auch in den vorangegangenen Jahren im Rahmen des Haushalts-Panels (forsa.omninet) des Forsa-Instituts durchgeführt. Bei forsa.omninet handelt es sich um ein für die deutschsprachige Bevölkerung im Alter ab vierzehn Jahren repräsentatives Panels mit derzeit rund 75.000 Teilnehmer/Teilnehmerinnen. Basierend auf dem ADM-Telefon-Mastersample erfolgt die Rekrutierung der Panelteilnehmern/Panelteilnehmerinnen über ein mehrstufiges Zufallsverfahren.

Die Auswahl der Befragten wurde per Zufall aus dem forsa.omninet-Panel vorgenommen. Im Rahmen der Stichprobenziehung wurde sichergestellt, dass in einem Haushalt jeweils nur eine Person ausgewählt wird. Aus den ausgewählten Haushalten wurde jeweils die Person befragt, die im Haushalt typischerweise die Entscheidungen rund um das Thema Energieversorgung trifft. Die Befragung erfolgte per Internet und wurde mithilfe eines standardisierten Fragebogens durchgeführt.

Da von einer überdurchschnittlichen Belastung einkommensschwacher Haushalte durch steigende Energiepreise auszugehen ist, wurde die Stichprobe disproportional nach dem Haushaltseinkommen geschichtet, sodass die Gruppe der Haushalte mit geringem Einkommen überproportional in der Stichprobe vertreten ist. Eine Nachgewichtung mit einer nachträglichen Anpassung der Beobachtungshäufigkeiten in der Stichprobe an bekannte (zum Beispiel soziodemografische) Verteilungen in der Grundgesamtheit wurde nicht vorgenommen.

Die in der Auswertung der Ergebnisse verwendete Einkommensschichtung basiert auf der Kategorisierung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW)⁶. Dabei werden auf Basis des Nettoäquivalenzeinkommens fünf Einkommenskategorien definiert: 1. der armutsgefährdete Bereich (unter 60% des Medianeinkommens), 2. die einkommensschwache oder untere Mitte (60 bis 80% des Medianeinkommens), 3. die Mitte im engen Sinn (80 bis 150% des Medianeinkommens), 4. eine einkommensstarke oder obere Mitte (150 bis 250% des Medianeinkommens) und 5. die Einkommensreichen (mehr als 250% des Medianeinkommens).

Das soziale Nachhaltigkeitsbarometer beinhaltet sechs Teilbereiche, in denen die Einstellungen, Präferenzen, Erwartungen, Bewertungen, Erfahrungen und Gerechtigkeitsempfindungen der Bevölkerung im Kontext der Energiewende erfasst werden. Das Erhebungsinstrument enthält einerseits in ein oder zwei Jahresabständen wiederkehrende Indikatoren zu Einstellungen und Verhalten. Andererseits werden in den jeweiligen Befragungswellen neue Themen und Fragenkomplexe eingefügt, um bestimmte Teilaspekte detaillierter zu betrachten und/oder aktuelle Fragestellungen zu untersuchen.

Die Nettostichprobe vollständiger Interviews umfasste im Jahr 2019 6.117 Haushalte (Bruttostichprobe: 9.842). 432 Interviews wurden frühzeitig abgebrochen. Von den insgesamt 6.549 befragten Haushalten haben 571 nur 2017, 1.082 nur 2018 und 3.290 2017 und 2018 teilgenommen. 1.606 Haushalte wurden 2019 per Zufallsziehung neu rekrutiert.

Verteilung soziodemographischer Merkmale in der Stichprobe bzw. Grundgesamtheit:

Variable	Merkmalsausprägungen	Stichprobe			Grundgesamtheit
		2017 [%]	2018 [%]	2019 [%]	[%]
Geschlecht ⁵	Mann	56,85	56,95	58,28	49,35
	Frau	43,15	43,05	41,72	50,65
Einkommen ⁶	Einkommensarm	19,82	17,89	13,77	15,9
	Einkommenschwache Mitte	9,78	19,10	16,55	16,4
	Mitte im engeren Sinn	51,74	48,75	52,24	47,8
	Einkommensstarke Mitte	18,26	13,95	13,46	16,0
	Einkommensreiche	0,39	0,32	3,99	4,0
Alter ⁷	18 – 29 Jahre	9,95	7,34	5,24	12,84
	30 – 39 Jahre	14,29	12,41	10,44	12,82
	40 – 49 Jahre	15,17	14,79	13,73	12,56
	50 – 59 Jahre	21,50	21,93	20,98	16,23
	60+ Jahre	39,09	43,54	49,61	28,16
Wohnform ⁸	Miete	44,44	42,28	41,06	56,0
	Eigentum	53,78	55,72	56,82	44,0
Ost/West ⁹	Ost	24,60	23,08	23,48	19,50
	West	75,4	76,92	76,52	80,50
Bildung ¹⁰	Keinen Abschluss	0,23	0,21	0,18	4,0
	Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schule	0,06	0,10	0,11	
	Haupt-/Volksschulabschluss	19,45	21,07	20,55	30,4
	Realschulabschluss	36,63	37,20	37,66	23,1
	Fachhochschulreife	10,87	10,50	10,91	
	Allgemeine Hochschulreife	31,37	30,15	29,76	
	Keine Angabe	1,40	0,77	0,83	0,1

Informationen zur Datenerhebung:

	2017	2018	2019
Erhebungszeitraum	15. Juni – 23. Juli	1. August – 11. September	16. Oktober – 6. November
Grundgesamtheit	Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland; befragt wurde diejenige Person im Haushalt, die – allein oder gemeinsam mit dem Partner – entscheidet, wenn es um finanzielle Dinge geht.		
Stichprobengröße	7.843 Haushalte	6.594 Haushalte Zusätzliche Aufstockung um 307 Haushalte (Sonderstichprobe <i>Lausitz</i>)	6.549 Haushalte
Auswahlverfahren	Mehrstufige Zufallsauswahl im Rahmen des forsa.omninet-Panels		

FUSSNOTEN

- (1) Die vollständige Instruktion und Frage lautete: Wir haben eine Reihe von Vorschlägen zusammengestellt, wie die Mehreinnahmen der Bundesregierung, die durch eine Einführung der CO₂-Steuer entstehen, verwendet werden könnten. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die folgenden Maßnahmen befürworten bzw. ablehnen. Die vollständigen Antwortoptionen lauteten: Die Einnahmen der CO₂-Steuer sollten ... a) ... wie andere Steuererträge als Einnahmen des Staates behandelt und in den Bundeshaushalt eingehen; b) ... zur Senkung anderer Steuern wie z.B. der Einkommensteuer verwendet werden; c) ... zur direkten Unterstützung von Haushalten mit niedrigem Einkommen genutzt werden; d) ... gezielt für Haushalte, die besonders unter der Abgabe leiden, verwendet werden; e) ... allen Bürgerinnen und Bürgern in gleicher Höhe als direkte jährliche Zahlung zurückgegeben werden. Damit würden ärmere Haushalte, die in der Regel nicht so viele CO₂-Emissionen verursachen, bessergestellt; f) ... für den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen wie Wind-, Solar- und Wasserkraft verwendet werden; g) ... für den Ausbau eines klimafreundlichen Verkehrssystems genutzt werden, indem z.B. Radwege sowie der Ausbau von Bahn und öffentlichem Nahverkehr finanziert werden.
- (2) In 2017 wurde die Frage leicht abweichend formuliert: Können Sie sich vorstellen, an einer Protestaktion oder Demonstration gegen geplante Windräder in ihrer Umgebung teilzunehmen?

-
- 3) Die vollständige Instruktion und Frage lautete: Derzeit werden in der von der Bundesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe „Akzeptanz/Energiewende“ unterschiedliche Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz neuer Windanlagen an Land beraten. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die folgenden Maßnahmen befürworten bzw. ablehnen. Die vollständigen Antwortoptionen lauteten: Beim Neubau von Windkraftanlagen sollten ... a) ... diese mindestens zehn Mal so weit von dem nächsten Wohngebiet entfernt sein, wie die Anlagen hoch sind. Bei einer Höhe von z.B. 100 m läge der Mindestabstand damit bei 1 Kilometer; b) ...keine pauschalen Mindestabstände gelten, sondern standortspezifische Gegebenheiten berücksichtigt werden. Somit sollen die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner vor Beeinträchtigungen ausreichend geschützt werden; c) ... die Betreiber eine feste Abgabe an die betroffenen Gemeinden entrichten. Das Geld würde zweckgebunden direkt an die Kommunen zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen vor Ort fließen; d) ... die Betreiber eine umsatzabhängige Abgabe an die betroffenen Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger entrichten. Ein Teil des Geldes würde direkt an die Kommunen und der andere Teil an die Bürgerinnen und Bürger in Form von vergünstigten Strompreisen und zur Mitfinanzierung kommunaler Einrichtungen oder Vereine fließen; e) ... den betroffenen Gemeinden und Bürgerinnen und Bürgern durch eigene Investitionen die Möglichkeit gegeben werden, sich an den Gewinnen von Windanlagen zu beteiligen.
- (4) Die vollständige Instruktion und Frage lautete: Bitte geben Sie an, in welchem Maße Sie den folgenden Aussagen über die „Fridays for Future“ Demonstrationen zustimmen. Die vollständigen Antwortoptionen lauteten: a) Schülerinnen und Schüler haben das Recht auch während der Unterrichtszeit für den Klimaschutz zu demonstrieren. Andernfalls würden sie nicht die notwendige Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit bekommen; b) Die Bedeutung der Demonstrationen wird überschätzt. Verhaltensveränderungen der Schülerinnen und Schüler im Sinne des Klimaschutzes wären für eine sichere Zukunft wichtiger und wirksamer; c) Schülerinnen und Schüler haben das Recht für den Klimaschutz zu demonstrieren. Dies sollte jedoch nicht während der Unterrichtszeit, sondern in ihrer Freizeit geschehen; d) Die Demonstrationen haben eine wichtige politische Funktion. Die Schülerinnen und Schüler machen damit deutlich, dass die sichere Zukunft der Kinder auch von den klimapolitischen Entscheidungen der heutigen Erwachsenen bestimmt wird und somit eine Frage der Generationengerechtigkeit ist.
- (5) Statistisches Bundesamt (2019): Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/liste-zensus-geschlecht-staatsangehoerigkeit.html>. Letzter Zugriff: 18.02.2020.
- (6) Niehues, J. (2017): Die Mittelschicht in Deutschland. Vielschichtig und stabil. IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung. 44 (1): 3–20.
- (7) Statistisches Bundesamt (2018): Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Altersjahre. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data>. Letzter Zugriff: 18.02.2020.
- (8) Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte im selbst genutzten Eigentum und Mietwohnung nach Haushaltstyp in Deutschland 2014. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/liste-haushaltsstruktur-wohnungen.html>. Letzter Zugriff: 18.02.2020.
- (9) Statistisches Bundesamt (2018): Bevölkerung nach Gebietsstand. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/liste-gebietstand.html>. Letzter Zugriff: 18.02.2020.
- (10) Statistisches Bundesamt (2017): Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr nach allgemeinen und beruflichen Bildungsabschlüssen nach Jahren. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsstand/Tabellen/bildungsabschluss.html>. Letzter Zugriff: 18.02.2020.

www.iass-potsdam.de • www.dynamis-online.de



INNOGY FÜR ENERGIE
UND GESELLSCHAFT
STIFTUNG

KOPERNIKUS
ENavi **»»PROJEKTE**
Die Zukunft unserer Energie



GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung


**LAND
BRANDENBURG**
Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kultur